

**Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses
am Freitag, dem 05.05.2006, im Ausschusszimmer des Kreishauses
Warendorf (4. OG, Zi. 540)**

**Beginn: 09:02 Uhr
Ende: 10:00 Uhr**

| | Seite |
|--|-------|
| <u>I. Öffentlicher Teil</u> | |
| 1. Bericht der Verwaltung | 5 |
| 2. Restrukturierung Servicezentrale kreis.verkehr 049/2006 | 8 |
| 3. 1. Änderung Landschaftsplan "Ahlen" - Satzungsbeschluss 050/2006 | 9 |
| 4. Berufung der Bewertungskommission für den Wettbewerb "Ausgezeichneter Betrieb im Kreis Warendorf" 051/2006 | 10 |
| 5. Anfrage bezüglich des Termins für die Landratswahl | 11 |
| <u>II. Nichtöffentlicher Teil</u> | |
| 1. Vergabe der Rohbauarbeiten für die Errichtung eines Heizwerkes mit Holzhackschnitzelfeuerung am Berufskolleg Beckum, Hansaring 052/2006 | 13 |
| 2. Vergabe der Arbeiten des Gewerkes Anlagentechnik Heizwerk für die Errichtung eines Heizwerkes mit Holzhackschnitzelfeuerung am Berufskolleg Beckum, Hansaring 053/2006 | 14 |

- | | | | |
|-----------|--|-----------------|-----------|
| 3. | Vergabe der Arbeiten des Gewerkes Heizungs- und Sanitärtechnik für die Errichtung eines Heizwerkes mit Holzhackschnitzelfeuerung am Berufskolleg Beckum, Hansaring | 054/2006 | 15 |
|-----------|--|-----------------|-----------|

Anlagen

- | | |
|----------|---|
| Anlage 1 | Tischvorlage - Schreiben des Bundesministeriums des Innern und des Innenministeriums des Landes NRW |
|----------|---|

Anwesend:

| Vorsitz | |
|--|--|
| Kirsch, Wolfgang Dr. | |
| Mitglieder des Kreisausschusses | |
| Birkhahn, Astrid | |
| Blömker-Stockmann, Maria | Vertretung für Frau Dagmar Arnkens-Homann |
| Bürsmeier-Nauert, Mechtild | Vertretung für Herrn Reimund Juli |
| Eisenhuth, Hans-Heinrich | Vertretung für Herrn Dr. Klaus Strautmann |
| Festge, Susanne | Vertretung für Herrn Franz-Josef Buschkamp |
| Hild, Karl-Wilhelm | |
| Kaup, Winfried | |
| Krause, Winfried | |
| Kreft, Peter | |
| Müller, Eckehard | |
| Ommen, Detlef | |
| Steiner, Hans-Rüdiger | |
| Tünste-Poschmann, Hildegard | |
| Wartala, Franz-Jörg | |
| Wiemann, Norbert | |
| von der Verwaltung | |
| Börger, Heinz Dr. | |
| Funke, Stefan Dr. | |
| Hansen, Peter Dr. | |
| Gnerlich, Friedrich | |
| Burgdorf, Marc-André | |
| Kampelmann, Norbert | |
| Rogoski, Nicole | |

Es fehlten entschuldigt:**Mitglieder des Kreisausschusses**

Arnkens-Homann, Dagmar

Buschkamp, Franz-Josef

Juli, Reimund

Strautmann, Klaus Dr.

Landrat Dr. Kirsch eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses, die Auszubildenden sowie die Vertreter der Presse.

Frau Bürsmeier-Nauert, die in dieser Wahlperiode erstmals an einer Sitzung des Kreisausschusses teilnimmt, wird durch Landrat Dr. Kirsch vereidigt und zur Ehrenbeamtin ernannt.

Anschließend stellt Landrat Dr. Kirsch fest, dass der Kreisausschuss mit Einladung vom 21.04.2006 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Er weist darauf hin, dass im Nachgang zur Einladung mit Schreiben vom 02.05.2006 eine gemeinsame Anfrage der SPD- und FWG-Kreistagsfraktion sowie der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich des Termins für die Landratswahl versandt worden ist. Diese soll im öffentlichen Teil als TOP 5 aufgenommen werden.

Des weiteren liegen als Tischvorlage (Anlage 1) Schreiben des Bundesinnenministeriums und des Innenministeriums des Landes NRW zu TOP 1 "Bericht der Verwaltung" aus.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil

1. Bericht der Verwaltung

1. Personalbericht 2005 für die Kreisverwaltung

➤ Landrat Dr. Kirsch:

Der Personalbericht liege bereits zum 4. Mal vor. Schwerpunkte im Jahr 2005 seien gewesen:

1. Umsetzung des neuen Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD), welche in der Kreisverwaltung in vertrauensvoller Arbeit gelungen sei.
Rund 90 Führungskräfte mit Vorgesetztenfunktion seien insbesondere zur leistungsgerechten Beurteilung fortgebildet worden.
2. Vorbereitungen für die Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF). Hier seien auch Schulungen für die Kreistagsmitglieder geplant.
3. Organisatorische Veränderungen aus der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe.
4. Personalauswahlverfahren.
5. Fortführung der "Offensive für noch mehr Bürgerservice und Bürokratieabbau in der Kreisverwaltung".

Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchungen im Bauamt und im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien seien weiter umgesetzt worden.

Seit 1993 seien 85 Planstellen sozialverträglich abgebaut worden, wodurch maßgeblich Personalkosten eingespart werden konnten.

Durch das hohe Durchschnittsalter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehme das betriebliche Gesundheitsmanagement immer mehr an Bedeutung zu. Der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Situation der schwerbehinderten Beschäftigten sei daher ein eigenes Kapitel gewidmet worden.

Des weiteren sei der Bereich der Aus- und Fortbildung für die Kreisverwaltung von großer Bedeutung. Im Ausbildungsbereich gehe die Verwaltung mit gutem Beispiel voran und bilde über Bedarf aus. Für das Ausbildungsjahr 2006 sollen 20 junge Menschen einen Ausbildungsplatz bei der Kreisverwaltung erhalten.

2. Informationen aus dem Regionalrat

➤ Landrat Dr. Kirsch:

In den Vorschlägen zum Verkehrsinfrastrukturbedarfsplan sei die Schienenstrecke 406 Münster-Bielefeld für den Abschnitt Münster-Warendorf nicht zur Aufnahme in die Stufe 1 vorgesehen.

Der Regionalrat habe in seinem Ausschuss gefordert, dass alle drei Ausbaustrecken im Münsterland die 1. Priorität erhalten sollten. Inzwischen seien mit Ausnahme der Strecke 406 Münster-Bielefeld die Strecken in Stufe 1 aufgenommen worden.

Einer der Gründe für diese Entscheidung gegen die Strecke 406 seien die hohen Kosten der Maßnahme, die mit 38 Millionen Euro veranschlagt worden sei. Aus Sicht des Zweckverbandes sei diese Veranschlagung deutlich zu hoch. Aktuelle Schätzungen beliefen sich auf rund 10 Millionen Euro.

Er hoffe, dass durch kleinere Maßnahmen an der Strecke die Attraktivität dennoch gesteigert werden könne.

3. Informationen aus dem Lenkungskreis der Regionalagentur

➤ Landrat Dr. Kirsch:

Ministerin Thoben habe dazu aufgefordert, zum "EFRE-Eckpunktepapier NRW" Stellung zu nehmen. Wirtschaftliche Stärken einzelner Regionen sollen so festgestellt und gefördert werden.

Die Stellungnahme des Münsterlandes sei vom Lenkungskreis der Regionalagentur Münsterland einstimmig beschlossen und abgegeben worden. Den Fraktionen werde eine Kopie zugeschickt.

Er habe bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen, dass die Kreise Coesfeld und Warendorf in einem IAT-Gutachten unverständlicherweise als Kreise mit keinen wirtschaftlichen Stärken herausgestellt worden seien. Der Lenkungskreis habe mit seiner Stellungnahme diesem Gutachten entgegengewirkt.

4. Informationen aus der Trägerversammlung der ARGE

➤ Landrat Dr. Kirsch:

Bedauerlicherweise entwickelten sich die Zahlen der Bedarfsgemeinschaften immer weiter nach oben. Derzeit seien es rund 10.000. Insgesamt seien im Kreis Warendorf fast 30.000 Menschen von Transferleistungen des Staates abhängig.

Es werde zwar erwartet, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften durch geplante Gesetzesänderungen automatisch sinke, allerdings müsse auch angestrebt werden, die Gesamtausgaben zu senken.

5. Härtefallkommission

➤ Landrat Dr. Kirsch:

In der Sitzung des Kreisausschusses am 10.03.2006 sei auf Antrag aller im Kreistag vertretenen Fraktionen einstimmig die Forderungen an das Land NRW und den Bund formuliert worden klare Zuständigkeiten zu schaffen und die Verfahren zu verkürzen.

Diese Beschlüsse seien mit Schreiben vom 22.03.2006 an die beiden Ministerien herangetragen worden.

Mit Schreiben vom 10.04.2006 hätten beide Ministerien geantwortet (s. Tischvorlage/Anlage 1).

Das Innenministerium des Landes NRW teile mit, dass im vergangenen Jahr 1.064 Fälle an die Härtefallkommission herangetragen worden seien. 668 Fälle seien abschließend bearbeitet worden. In 92 Fällen sei ein positives Ersuchen an die zuständige Ausländerbehörde gerichtet worden. In 74 Fällen seien die Ausländerbehörden dem Ersuchen gefolgt, in 14 Fällen nicht. Das Innenministerium weise darauf hin, dass es bisher in keinem Fall Anlass gegeben habe, im Rahmen der Fachaufsicht tätig zu werden, auch nicht in dem vom Kreis Warendorf vorgetragenen Fall N'finda/N'kongo.

Das Bundesinnenministerium habe insbesondere darauf hingewiesen, dass die jetzige Gesetzeslage im Asylverfahren ausreichend sei.

Der überregionalen Presse sei zu entnehmen, dass alle Ausländerbehörden in Nordrhein-Westfalen ähnliche Probleme zu bewältigen hätten.

Hinsichtlich der Familie N'finda/N'kongo halte der Kreis Warendorf auch weiterhin an seiner Auffassung fest, dass kein Bleiberecht für die Familie bestehe. Es handele sich auch nicht um einen atypischen Fall. Gleichwohl bleibe es bei seiner Zusage, so der Landrat, vor Aufenthalt beendenden Maßnahmen die Stellungnahme des Petitionsausschusses abzuwarten.

2. Restrukturierung Servicezentrale kreis.verkehr**049/2006**

➤ Herr Ommen:

Die SPD-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu, weil hier sinnvolle Arbeit geleistet werde. Das Ziel solle jedoch nicht nur die Fahrplaninformation sein, sondern auch eine Steigerung der Fahrgastzahlen. Außerdem müsse verstärkt für Bus und Bahn geworben werden.

Beschluss:

Den in der Vorlage dargestellten Vorschlägen zur Restrukturierung der Servicezentrale kreis.verkehr wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

| | | |
|-----------|--|-----------------|
| 3. | 1. Änderung Landschaftsplan "Ahlen" - Satzungsbeschluss | 050/2006 |
|-----------|--|-----------------|

Beschlussvorschlag:

1. Den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zu den vorgebrachten Anregungen und Bedenken öffentlicher Stellen, Vereine und Verbände sowie Privater wird in der vorliegenden Fassung zugestimmt.
2. Der 1. Änderung zum Landschaftsplan „Ahlen“ wird gem. §§ 16 bis 29 und 48 c des „Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushaltes und zur Entwicklung der Landschaft Nordrhein-Westfalen (Landschaftsgesetz - LG NW) vom 21.07.2000 in der z.Zt. geltenden Fassung und i.V.m. § 5 und § 26 Abs. 1 Buchstabe f) der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 in der z.Zt. geltenden Fassung als Satzung beschlossen. Die Beschlussvorlage der Verwaltung zu den vorgebrachten Anregungen und Bedenken ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

| | | |
|-----------|--|-----------------|
| 4. | Berufung der Bewertungskommission für den Wettbewerb "Ausgezeichneter Betrieb im Kreis Warendorf" | 051/2006 |
|-----------|--|-----------------|

Beschluss:

Folgende Kreistagsmitglieder werden in die Bewertungskommission für den Wettbewerb 2006 „Ausgezeichneter Betrieb im Kreis Warendorf“ berufen:

| | Mitglied | Stellvertreter/in |
|---|-------------------------------------|---------------------------------|
| CDU-Fraktion | Frau Susanne Festge | Herr Robert Northoff |
| SPD-Fraktion | Herr Wilfried Broy | Frau Mechthild Bürsmeier-Nauert |
| FDP-Fraktion | Frau Catrin Stakenkötter | Herr Dr. Klaus Strautmann |
| Fraktion „Bündnis 90 / DIE GRÜNEN“ | Frau Cornelia Lindstedt-Bröckelmann | Herr Eckehard Müller |
| FWG-Fraktion | Herr Gregor Stöppel | Herr Norbert Wiemann |

Von der Verwaltung nehmen Herr KLD Müller – Leiter des Amtes für Planung und Naturschutz -, Herr KBD Scheffer – Leiter des Amtes für Umweltschutz – und Herr Gerd Terbrack – Jugendhilfe- und Sozialplaner des Kreises Warendorf – teil.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

5. Anfrage bezüglich des Termins für die Landratswahl

➤ Herr Ommen:

Die Anfrage sei von drei Fraktionen gestellt worden, weil seit einiger Zeit der 05.11.2006 als Wahltermin in der Öffentlichkeit diskutiert werde.

Für die Fraktionen von SPD, FWG und Bündnis90/Die Grünen sei nicht nachvollziehbar, wie der Termin zustande gekommen sei. Einige Städte und Gemeinden suchten bereits Wahlhelfer für den 05.11.2006, obwohl der Wahltermin noch nicht feststehe. Darüber hinaus hielten die drei Fraktionen den Termin im November für zu spät. Die Kreisverwaltung solle nicht über einen so langen Zeitraum führungslos sein. Ein klärendes interfraktionelles Gespräch im Vorfeld seitens des Landrats wäre wünschenswert gewesen.

➤ Landrat Dr. Kirsch:

Bei der Anfrage werde von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Die Festlegung des Wahltermins erfolge allein durch den Regierungspräsidenten in Münster. Ob dieser mit Parteien oder der Kreisverwaltung über den Wahltermin spreche, sei allein die Entscheidung des Regierungspräsidenten.

Bis zur Wahl eines neuen Landrats sei die Kreisverwaltung auch keineswegs führungslos. Der Kreisdirektor werde den Landrat während dieser Zeit vertreten.

Der 05.11.2006 sei nicht geheim gehalten worden. Er habe bereits mehrfach der Zeitung entnommen werden können und die Bürgermeister habe er auf zwei Dienstbesprechungen über den 05.11.2006 als möglichen Wahltermin informiert.

Drei Punkte hätten die Kreisverwaltung dazu bewogen, dem Regierungspräsidenten den 05.11.2006 als möglichen Wahltermin mitzuteilen.

1. Die Ansicht, dass das offizielle Wahlverfahren nach dem Ausscheiden des Landrats aus dem Amt mit Ablauf des 30.06.2006 in Gang gesetzt werde,
2. die drei-Monats-Frist für EU-Bürger, und
3. die Sommer- bzw. Herbstferien.

Somit wäre allein aus organisatorischer Sicht ein Termin Ende Oktober oder Anfang November favorisiert worden. Auch die gesetzlich vorgeschriebene Frist von sechs Monaten zur Wahl eines neuen Landrats wäre eingehalten.

Er weise aber nochmals darauf hin, dass diese Überlegungen rechtlich unerheblich seien. Die Bezirksregierung lege einen Termin eigenverantwortlich fest.

Einem Pressebericht habe er dann kürzlich entnommen, dass die SPD eine Landratswahl bereits im September favorisiere. Dies stütze sich auf eine Nachfrage von Herrn Daldrup bei der Bezirksregierung Münster, nach einem möglichen Termin für die Wahl. Seitens der Bezirksregierung sei Herrn Daldrup ein interner Vermerk der Bezirksregierung Münster übermittelt worden, ohne dass die Bezirksregierung diese Überlegungen dem Kreiswahlleiter mitgeteilt habe. Dies sei ein ungeheuerlicher Vorgang. Mittlerweile habe die Kreisverwaltung auf Nachfrage von den Überlegungen

der Bezirksregierung auch Kenntnis erhalten und der Vermerk liege inzwischen auch der Kreisverwaltung vor.

In dem Vermerk werde u.a. die Rechtsauffassung geäußert, der Regierungspräsident könne einen Wahltermin schon vor seinem Ausscheiden als Landrat festlegen. Diese Meinung teile er nicht.

Er habe mit der abweichenden Rechtsauffassung der Bezirksregierung keine Probleme. Wenn der Regierungspräsident eine andere Rechtsauffassung vertrete, solle er den Wahltermin doch einfach festlegen. Bereits mit Schreiben vom 14.03.2006 habe er den Regierungspräsidenten gebeten, die Festlegung eines Wahltermins möglichst kurzfristig abzustimmen. Bis heute habe er noch keine Antwort erhalten.

Bei der vom Regierungspräsidenten favorisierten Rechtsauffassung sei sicherlich auch der 10. September als Wahltermin möglich. Eine mögliche Stichwahl würde bei diesem Termin auch nicht in den Herbstferien liegen.

Das Ziel, das er als Kreiswahlleiter bei der Festlegung des Wahltermins verfolge, sei eine möglichst hohe Wahlbeteiligung.

➤ Herr Wiemann:

Die Angelegenheit hätte unaufgeregter ablaufen können, wenn der Landrat die Fraktionen vorher informiert hätte.

➤ Landrat Dr. Kirsch:

Er sei, wie geschildert, für die Festlegung des Wahltermins nicht zuständig, sondern der Regierungspräsident. Aus guten Gründen sehe das Gesetz nicht vor, dass die Parteien oder Fraktionen Einfluss auf die Terminierung hätten.

➤ Herr Ommen:

Warum die Bezirksregierung die Verwaltung nicht informiert habe, sondern die SPD, müsse die Bezirksregierung verantworten. Grundsätzlich gebe es also kein Problem, das einer Wahl im September entgegenstünde.

➤ Landrat Dr. Kirsch:

Er sei immer noch der Auffassung, dass die Stelle des Landrates erst ab dem 01.07.2006 vakant sei. Er werde jedoch die Rechtsauffassung und die Entscheidung des Regierungspräsidenten respektieren, wie immer diese auch ausfalle.

Dr. Wolfgang Kirsch
Landrat

Dr. Heinz Börger
Schriftführer